



über die
2. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Dienstag, dem 02.05.2006
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:10 Uhr
Ende: 20:50 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Herr Robert Biedermann
Herr Joachim Eckardt
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Hartmut Madeja
Herr Jochen Müller
Herr Manfred Wiedemann

Ratsmitglieder CDU

Frau Ingrid Borowiak
Herr Ralf Eisenhardt
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Reinhard Hasler
Herr Karl-Adolf Schneider

Ratsmitglieder BG

Herr Dieter Kloß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Oliver Kaczmarek
Herr Klaus Kasperidus
Herr Marco Pincus
Herr Udo Theimann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Marc Nathmann

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Schneider

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen FDP

Herr Klaus-Wilhelm Nieme

Sachverständige/r Bürger/Bürgerin
Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Sachverständige
Herr Heinrich Hellekemper
Herr Wilfried Wiese

Verwaltung
Herr Lothar Adamini
Herr Jochen Baudrexl
Herr Matthias Breuer
Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Herr Uwe Liedtke

Gäste
Frau Lintel, Büro scape, Düsseldorf
Herr Spurling, Büro Scape, Düsseldorf

entschuldigt fehlten
Herr Dieter Drescher
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Heinrich Kissing
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Herwig Rabeneck
Herr Volker Sekunde
Herr Klaus Slomiany

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Antrag des Herrn Kloß, BG-Fraktion, vom 19.04.06 auf Änderung der Niederschrift gem. §§ 24, 26 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse über die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20.03.06 sowie Genehmigung dieser Niederschrift	
2	Rahmenplanung Bahnhofsumfeld hier: Beschluss über die Rahmenplanung	027/2006
3	Neugestaltung der Kamener Fußgängerzonen	
3.1	Sachstandsbericht der Verwaltung - Bauzeitenplan - Baufortschritt - Ausschreibungsergebnisse - Kostenentwicklung	
3.2	Entscheidung über die Möblierung	

4	Optimierung des Stadtparkes hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 31.03.2006
5	12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bergkamen im Stadtteil Weddinghofen sowie Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. WD 102 "Gewerbepark an der B 61 - Ostfeld" der Stadt Bergkamen hier: Bericht der Verwaltung
6	Bebauung Rieder hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 13.04.2006
7	Bauvorhaben im Stadtgebiet hier: Bericht der Verwaltung
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Antrag des Herrn Kloß, BG-Fraktion, vom 19.04.06 auf Änderung der Niederschrift gem. §§ 24, 26 der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse über die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20.03.06 sowie Genehmigung dieser Niederschrift

Da der Antrag von Herrn Kloß auf Änderung der Niederschrift ebenfalls Punkte der nichtöffentlichen Tagesordnung der Sitzung vom 20.03.2006 beinhaltet, schlug Herr **Lipinski** hinsichtlich der Verfahrensweise vor, auch diese Punkte im öffentlichen Teil der Sitzung mit zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Baudrexl** erläuterte zunächst den Ablauf und die allgemeine Verfahrensweise gemäß Geschäftsordnung des Rates und GO NRW bei einem Antrag auf Änderung der Niederschrift.

Der Antrag des Herrn Kloß auf Änderung der Niederschrift sei frist- und formgerecht eingegangen. Tonbandmitschnitte seien bei der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses nicht angefertigt worden, so dass diese nicht herangezogen werden könnten. Zur Herstellung eines Einvernehmens habe er den Antragsteller, Herrn Kloß, zu einem Gesprächstermin, an dem u. a. der Schriftführer sowie der Vorsitzende des Planungs- und Umweltausschusses in seiner Funktion als Mitunterzeichner der Niederschrift hätten teilnehmen sollen, eingeladen. Eine Benehmensherstellung sei jedoch nicht erfolgt.

Dazu erklärte Herr **Kloß**, dass er den vorgeschlagenen Termin aufgrund anderweitiger Verpflichtungen nicht hätte wahrnehmen können.

Herr **Baudrexl** wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es aufgrund der kurzen Zeitschiene nicht möglich gewesen sei, einen weiteren Termin zu vereinbaren.

Zum allgemeinen Inhalt der Niederschrift führte Herr Baudrexl aus, dass die Protokolle der Stadt Kamen auf hohem Niveau angefertigt würden. Niederschriften der Stadt Kamen sollen den Verhandlungsverlauf in komprimierter Form wiedergeben. Somit könnten mehrere Wortmeldungen einer Person in einem Redebeitrag zusammengefasst werden. Dies würde nicht bedeuten, dass das Protokoll einen Mangel aufweise. Zur Veranschaulichung stellte er die Änderungswünsche des Herrn Kloß den entsprechenden Textstellen der vorliegenden Niederschrift gegenüber. Im Ergebnis verdeutliche dieser Abgleich seiner Auffassung nach, dass die Aussagen, die Herr Kloß im Protokoll aufgenommen haben möchte, sich bereits in diesem wiederfinden ließen.

Dem gegenüber erklärte Herr **Kloß**, dass der Text der Niederschrift seiner Meinung nach gravierende Widersprüche zu seinen damaligen Aussagen aufweise, die er zur Richtigstellung nunmehr schriftlich in Form eines Änderungsantrages fixiert habe.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr **Diederichs-Späh** zunächst, dass diese mit nahezu komplett anderer Besetzung anwesend sei, so dass eine Votierung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht möglich sei.

Herr **Wiedemann** erklärte für die SPD-Fraktion, dass diese die Auffassung von Herrn Baudrexl teile und die Niederschrift nachvollziehbar sei.

Herr **Krause** ergänzte, dass die von Herrn Kloß gewünschten Änderungen nur unerheblich seien und damit die Erfordernis einer Änderung der Niederschrift nicht erkennbar sei – dies habe auch die Gegenüberstellung der Textstellen verdeutlicht. Das vorliegende Protokoll von der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 20.03.2006 spiegele zudem in geeigneter und guter Form den Sitzungsverlauf wider.

Frau **Schneider** lobte ausdrücklich die Verwaltung für die Protokollführung. Auch ihrer Meinung nach seien keine Änderungen erforderlich, da diese nicht gravierend seien.

In Bezug auf den Antrag von Herrn Kloß erkundigte sich Herr **Nieme**, ob diese Änderungswünsche hinsichtlich der Genauigkeit seiner Wortmeldungen in Zusammenhang mit anderen rechtlichen Schritten stünden.

Herr **Lipinski** gab diese Frage an Herrn Kloß weiter.

Herr **Kloß** erklärte, dass er sich dazu nicht äußern wolle und zudem die rechtliche Situation für ihn nicht beurteilbar sei.

Bezüglich des Einwandes von Herrn Nieme erklärte Herr **Baudrexl**, dass er auf eine Interpretation des Änderungsantrages verzichte. Der Antragsteller wünsche s. E. eine Ergänzung zur Klarstellung im Protokoll, die mehr einem Wortprotokoll entspreche.

Herr **Krause** bezeichnete das vorliegende Sitzungsprotokoll als gut und warnte zugleich davor, ein Protokoll zu ändern, welches die Diskussion in der vorangegangenen Sitzung in geeigneter Form wiedergäbe. Er appellierte an die Ausschussmitglieder auf wörtliche Zitate zu verzichten, da die Anfertigung von Wortprotokollen seiner Meinung nach nicht leistbar und zudem unnötig sei.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass das Protokoll durch die Unterschrift des Schriftführers und des Ausschussvorsitzenden als genehmigt gelte. Änderungen des Protokolls seien anschließend nur auf Antrag und nur zu den darin angesprochenen Punkten möglich. Es sei nunmehr Aufgabe des Planungs- und Umweltausschusses über den Änderungsantrag zu entscheiden.

Herr **Hasler** erklärte für die CDU-Fraktion, dass nach den vorangegangenen Erläuterungen und der sich anschließenden Diskussion auch seitens seiner Fraktion die Änderungswünsche als nicht gravierend einzustufen seien. Auch seine Fraktion schließe sich der Auffassung der Verwaltung an.

Herr **Lipinski** ließ über den Änderungsantrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis: bei 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 2.
027/2006

Rahmenplanung Bahnhofsumfeld
hier: Beschluss über die Rahmenplanung

Der zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Antrag und Fragenkatalog der CDU-Fraktion vom 27.04.2006 wurde in der Sitzung verteilt (Anlagen 1 + 2 zum Protokoll) – eine Zustellung war aufgrund des verspäteten Posteingangs nicht mehr möglich.

Herr **Baudrexl** erläuterte die Beschlussvorlage. Er verwies auf die vorangegangene Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses, in der die Rahmenplanung vorgestellt worden war. Mit Blick auf die Stellung der Förderanträge sei es besser, wenn von parlamentarischer Seite die grundsätzliche Zustimmung zur vorgestellten Rahmenplanung signalisiert würde. Es handele sich dabei keineswegs um einen Objektbeschluss oder verbindliche Erklärung in Bezug auf Planungsdetails (z.B. Bau des Parkhauses, Festlegung der Verkehrsführung). Er schlug vor, die Fragen der CDU-Fraktion zunächst, soweit dies nach derzeitigem Sachstand möglich sei, zu beantworten und dann mit der Diskussion fortzufahren.

Herr **Hasler** begründete sodann den Antrag und die Einbringung des Fragenkatalogs durch die CDU-Fraktion. Er wies u. a. darauf hin, dass es für die Politik schwierig sei, eine abschließende Beratung einer solch komplexen Planung bereits in dieser Sitzung zu leisten. Nachdem die Rahmenplanung in der vorangegangenen Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses vorgestellt worden war, hätten sich in der fraktionsinternen Beratung noch verschiedene Diskussionspunkte und weitergehender Beratungsbedarf ergeben (z.B. Vorbehalte zur Verkehrsführung in Form von 2 Kreiseln, Verkehrsführung für Lkw im Bereich Hemsack, Erweiterung der Bebauung, Wartezonen der Busse). Er wies darauf hin, dass die Rahmenplanung Bahnhofsumfeld weitreichende Auswirkungen habe und sehe auch eine Verlagerung der Beratung in den Rat als angebracht an.

Herr **Lipinski** grenzte ab, dass es sich bei der hier zur Diskussion stehenden Rahmenplanung nicht um eine Detailplanung handele.

Es sei gewollt, die Fach- und Sachkompetenz der Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses in die weitere Beratung einzubringen. Darüber hinaus gebe es für die weitere Beratung noch die Möglichkeit, diese in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses fortzusetzen, die für den 12.06.2006 terminiert sei.

Die Fachkompetenz der sachkundigen Bürger im Planungs- und Umweltausschuss wurde von Herrn **Hasler** nicht angezweifelt. Er würde es jedoch auch begrüßen, wenn die Fachkompetenz des Rates ebenfalls mit herangezogen werden könne.

Herr **Baudrexl** betonte, dass die Verwaltung hinsichtlich der vorgegebenen Zeitachse keinen Druck ausüben wolle. Es sei beabsichtigt, die Zusammenhänge darzustellen, die auch auf Zeiträume abstellen (z.B. Förderzusage).

Herr **Hasler** verdeutlichte, dass mit der Terminverschiebung die Intention der CDU-Fraktion verfolgt werden solle, einen einmütigen Beschluss in dieser Sache herbeizuführen und seine Fraktion den Förderantrag gemeinsam mit den anderen Fraktionen auf den Weg bringen wolle.

Frau **Schneider** erläuterte, dass in der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Rahmenplanung Bahnhofsumfeld weiter beraten worden sei. Sie sah im Vergleich zu ihrem Vorredner keine Notwendigkeit für die Terminverschiebung, da noch keine Details (Radwegeverbindungen o.ä.) festgelegt würden.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass vorrangiges Ziel der Verwaltung sei, den Förderantrag auf den Weg zu bringen. Dabei sei die grundsätzliche Beurteilung der Planungen durch die Fraktionen von Bedeutung.

Herr **Liedtke** ergänzte, dass es zunächst darum gehe, die verschiedenen Förderbereiche (Straßenbau / ÖPNV) zu definieren. Ob eine Privatisierung in welcher Form auch immer erfolgen könne, sei nach derzeitigem Stand noch nicht absehbar. In diesem Zusammenhang wies er des Weiteren darauf hin, dass „PPP“ eine Förderung ausschließen könne.

Herr **Nieme** erklärte für seine Fraktion, dass noch viele Fragen hinsichtlich des Projektes offen seien und er auch vor dem Hintergrund der großen Sparrunde eine negative Haltung vertrete. Er würde sich den Rückruf eines solchen Förderantrages vorbehalten wollen.

Herr **Liedtke** informierte nochmals dazu, dass es mit der Stellung des Förderantrages keine Verpflichtung zur Realisierung gebe.

Herr **Krause** brachte zum Ausdruck, dass die vorliegende Beschlussvorlage die Verabredung aus der letzten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses widerspiegele. Es würden noch keine Details oder Varianten festgelegt, sondern noch alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die konkrete Planung offen gehalten. Damit sei es durchaus möglich, über die vorliegende Beschlussvorlage abzustimmen.

Auch Herr **Kaczmarek** vertrat diese Auffassung und ergänzte hierzu, dass bereits in der vorangegangenen Sitzung einige Details der Planung angesprochen worden seien (z. B. Kreisverkehre).

Herr **Eckardt** verwies nochmals auf die diesbezüglichen Formulierungen in der vorliegenden Beschlussvorlage.

In Anbetracht der besonderen Bedeutung der Planungen Bahnhofsumfeld bekräftigte Herr **Diederichs-Späh** nochmals den Wunsch der CDU-Fraktion, den Antrag im Rat zu behandeln mit dem Ziel einer einheitlichen Beschlussfassung.

Herr **Schneider** bat um mehr Zeit für die weitere Beratung und Diskussion der offenen Fragen.

Herr **Eisenhardt** merkte an, dass ebenfalls die Höhe des Investitionsvolumens angesprochen werden solle.

Herr **Lipinski** schloss die Verfahrensdiskussion ab und bat Herrn Baudrexl darum, nunmehr den Fragenkatalog, sofern möglich, zu beantworten.

Herr **Baudrexl** räumte ein, dass hinsichtlich der Überplanung des Bahnhofsumfeldes noch viele Fragen offen seien, die zu einem bestimmten Zeitpunkt abzarbeiten seien.

Für die Beantwortung eines Teils der Fragen seien sicherlich noch weitergehendere verkehrliche Untersuchungen erforderlich, so dass ein Teil der aufgeworfenen Fragen heute noch nicht geklärt werden könnte. Hier seien jedoch die Fragen zunächst dringlich, die in Bezug auf den Förderantrag von Bedeutung seien.

Herr **Liedtke** erinnerte nochmals an die vorangegangene Sitzung des Planungs- und Unterausschusses, in der bereits zahlreiche Fragen zu dieser Thematik beantwortet worden seien. Die nunmehr vorliegende Beschlussvorlage wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls angekündigt. Details und Einzelheiten wie z.B. die evtl. Aufstellung eines Bebauungsplans für das Bahnhofsumfeld wären in den folgenden Sitzungen zu diskutieren und abzustimmen. Auf Grundlage der ersten Gespräche mit den Fördergebern ginge es lediglich darum, noch vor der Sommerpause entsprechende Anträge zu plazieren. Darüber hinaus stehe die Verwaltung den Fraktionen wie gewohnt für weitergehende Informationen gerne zur Verfügung.

Herr **Baudrexl** beantworte den vorliegenden Fragenkatalog der CDU im Einzelnen wie folgt:

Geschätztes Investitionsvolumen

Angaben dazu sind derzeit noch nicht möglich. Eine grobe Kostenschätzung kann in einer der folgenden Sitzungen vorgestellt werden.

Einbindung privater Investitionen

Für den Bereich Straßenbau ist derzeit eine private Beteiligung bei Finanzierung und Betriebskosten nicht denkbar.

Eine private Parkraumbewirtschaftung entspreche derzeit nicht der Beschlusslage. Es sei bedenklich, isoliert ein kostenpflichtiges Parkhaus zu betreiben. Die Verwaltung sei derzeit nicht befugt in diese Richtung zu planen; hier sei eine politische Aussage des Rates der Stadt Kamen hilfreich.

Verkehrsführung

Hier seien verschiedene Varianten möglich, die noch zu überdenken seien.

Teilrealisierung mit privater Beteiligung

Grundsätzlich möglich, hätte jedoch ggf. Folgen auf die Förderfähigkeit.

Abstimmungsgespräche mit der DB

Die Rahmenplanung wurde mit der DB abgestimmt. Die Frage zur zukünftigen Ausgestaltung der Regionalverkehre sei nicht seriös und fundiert zu beantworten und liefe auf reine Spekulation hinaus.

Baulückenschluss

Hier handele es sich um ein für die Förderung unrelevantes Thema. Hier sei eine politische Entscheidung (Bebauungsplan) losgelöst von der Förderung zu treffen.

Herr **Nieme** sprach sich dafür aus, die DB stärker in die Finanzierung mit einzubeziehen (z. B. für das Parkhaus).

Herr **Diederichs-Späh** erklärte, dass aufgrund des ICE - ½ Stunden-Takts eine Abnahme der Halts von RE in Kamen abzusehen sei. Darüber hinaus wäre noch unklar, ob die VRR-Grenze in Kamen erhalten bliebe.

Des Weiteren sei nicht auszuschließen, dass die P+R-Parkplätze nicht ausschließlich von Pendler genutzt würden. Insofern sei auch das Thema der Parkgebühren aufzuarbeiten. Ihm seien Beispiele bekannt, wo eine private Finanzierung nicht im Widerspruch zur öffentlichen Förderung stand (Dortmund, Harsewinkel). Er kritisierte ebenfalls, dass städtebauliche Belange bei der Rahmenplanung hätten stärker berücksichtigt werden müssen.

Herr **Baudrexl** entgegnete, dass er die Sinnhaftigkeit des Fragenkataloges nicht in Abrede gestellt habe, sondern nur die Notwendigkeit der Fragestellungen in Bezug auf die Stellung der Förderanträge in den Vordergrund rücken wolle.

Herr **Lipinski** schlug vor, die Entscheidung und Abstimmung über die Rahmenplanung auf die nächste Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses zu verschieben.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Zu TOP 3.

Neugestaltung der Kamener Fußgängerzonen

Zu TOP 3.1.

Sachstandsbericht der Verwaltung

- Bauzeitenplan
- Baufortschritt
- Ausschreibungsergebnisse
- Kostenentwicklung

Herr **Adamini** erläuterte, dass keine weitere Terminüberschreitung zu erwarten sei. Nach derzeitigem Baufortschritt könne mit einer Fertigstellung des 1. BA Ende Juni/Anfang Juli gerechnet werden.

Anschließend stellte Herr Adamini die Ergebnisse der Ausschreibung für den 2. BA vor. Eine aktuelle Kostenaufstellung (Anlage 3) wurde in der Sitzung an die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses ausgehändigt.

Zu TOP 3.2.

Entscheidung über die Möblierung

Herr **Lipinski** begrüßte Frau Lintel und Herrn Spurling vom Architekturbüro Scape.

Das Konzept für die Möblierung wurde bereits in der vorangegangenen Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses eingehend erläutert und vorgestellt.

Zunächst begaben sich die Ausschusssmitglieder in den Vorraum der Stadthalle, wo die einzelnen Möbelstücke (Bank mit Rückenlehne, Bank ohne Rückenlehne, Papierkorb, Fahrradständer) zur Besichtigung ausgestellt waren. Des Weiteren waren Metall-Musterstücke mit ausgebesserten und reparierten Stellen zur Ansicht ausgelegt.

Im Rahmen dieser Besichtigung wurden mit Frau Lintel und Herrn Spurling vom Büro Scape bereits einige Fragen erläutert. So wurde u. a. angesprochen, ob Kleidung an den Holzkanten beschädigt werden könnte.

Herr **Spurling** und Frau **Lintel** erklärten, dass dies aufgrund der abgerundeten Kanten nahezu ausgeschlossen sei. Darüber hinaus würde z. B. in der Ausschreibung auch darauf geachtet, dass die Kanten abzurunden seien und nicht rissig sein dürften. Dies sei zu kontrollieren. Ein erhöhtes Risiko sei aber nicht zu erwarten. Bei einem Schadensfall greife die 5-jährige Garantiezeit.

Herr **Lipinski** dankte Herrn Spurling und Frau Lintel für die Auskünfte und Informationen.

Beschluss:

Dem von Scape vorgestellten Möblierungskonzept wird zugestimmt. Die Verwaltung wird mit der weiteren Umsetzung beauftragt.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Optimierung des Stadtparkes
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 31.03.2006

Zu Beginn erläuterte Herr **Wiedemann** den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau **Schneider** bewertete den Antrag als nachvollziehbar. Sie hielt es für wünschenswert, dieses auch auf die anderen Grünanlagen im Stadtgebiet zu erweitern.

Herr **Baudrexl** teilte mit, dass der Antrag grundsätzlich zu begrüßen sei. Der Stadtpark habe Defizite (nur 1 Bank, wenige Spielmöglichkeiten). Hier sei eine Verbesserung mit geringem Aufwand möglich. Die Herrichtung der Wege und Überprüfung der Beleuchtung sei jedoch kostenintensiver.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr **Hasler**, dass auch diese den Antrag unterstütze. Vom Prinzip her sollten alle Grünflächen zur Nutzung einladen und gepflegt werden. Die Thematik sollte im Rahmen der Haushaltsplanberatungen weiter aufgegriffen werden.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass die Verwaltung aufgrund der Finanzsituation Lösungsmöglichkeiten erarbeiten und aufzeigen werde, sofern dies gewünscht sei.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss beauftragt die Stadtverwaltung Kamen zu überprüfen, ob aus zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln Neu- und Umgestaltung im Stadtpark möglich sind. Gegebenenfalls sollten im Haushalt 2007 für Optimierungsarbeiten entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Berücksichtigt werden sollen hinsichtlich möglicher Optimierungsmaßnahmen im Stadtpark die dort vorhandenen Sitzmöglichkeiten (Parkbänke), Spielmöglichkeiten für Kinder (Federtier) sowie die vorhandenen Wege für Spaziergängerinnen und Spaziergänger.

Des Weiteren wird die Stadtverwaltung beauftragt, die dortige Beleuchtungssituation zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bergkamen im Stadtteil Weddinghofen sowie Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. WD 102 "Gewerbepark an der B 61 - Ostfeld" der Stadt Bergkamen
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Baudrexl** wies vorab darauf hin, dass zu diesem Tagesordnungspunkt zunächst allgemeine Informationen als Vorbereitung auf die Entscheidungsfindung und zur weiteren Diskussion dienen sollen. Über die im Rahmen der Beteiligung als Nachbargemeinde abzugebende Stellungnahme zur Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Bergkamen und zur Aufstellung des Bebauungsplans würde in der folgenden Sitzung entschieden.

Sodann gab er einen Abriss über die Historie. Ende der 80er / Anfang der 90er Jahre war abzusehen, dass sich der Bergbau immer stärker aus der Region zurückzog. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurde die Schaffung neuer Arbeitsplätze untersucht. Damit einhergehend sollten neue Gewerbegebiete geschaffen werden. Das entsprechende Gutachten wurde von der Stadt Kamen mit beauftragt und finanziert. In diesem Bericht gab es auch Vorschläge, die diese Fläche auf Bergkamener Gebiet als Gewerbegebiet vorsah. Im Jahre 1994 wurde die Fläche in den GEP, 20. Änderung, als Gewerbegebiet aufgenommen. Zunächst hatte die Stadt Bergkamen das Vorhaben nicht weiter vorangetrieben. Zwischenzeitlich habe sich ein konkretes Ansiedlungsvorhaben ergeben und damit seien die weiteren Verfahrensschritte nunmehr von der Stadt Bergkamen eingeleitet worden.

Herr **Liedtke** führte weiter aus, dass die Stadt Kamen als Nachbargemeinde am weiteren Verfahren beteiligt werde. Der Geltungsbereich umfasse ein Gebiet von ca. 26 ha. Er stellte die Planungen vor.

Im Rahmen der FNP-Änderung soll eine landwirtschaftlich genutzte Fläche in eine Gewerbefläche umgewandelt werden. Im Einzelnen seien verschiedene Prüfschritte notwendig, um eine Stellungnahme der Stadt Kamen u.a. zum lärmschutztechnischen Gutachten (Schutz der Wohngebiete), zur Erschließung (äußere Erschließung, Anbindung an die B 61) zu erarbeiten. Hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise erläuterte er, dass die formale Beteiligungsfrist zwar im Mai ablaufe, die Stadt Kamen jedoch die Zeit als nicht ausreichend beurteile, sowohl im Hinblick auf die umfangreiche Beurteilung als auch auf die parlamentarisch herbeizuführende Entscheidungsfindung, und eine Fristverlängerung auch unter Berücksichtigung der Sitzungsfolge bei der Stadt Bergkamen beantragt habe. Hier wies Herr Liedtke darauf hin, dass auch während der weiteren öffentlichen Auslegung noch die Einbringung weiterer Bedenken und Anregungen der Stadt Kamen möglich sei.

Herr **Hellekemper** erkundigte sich nach der Gebäudehöhe sowie den Nutzen für die Stadt Kamen.

Herr **Liedtke** gab die Gebäudehöhe mit bis zu 20 m auf einem hängigen Gelände an, wobei eine genaue Analyse durch die Verwaltung noch vorzunehmen sei. Hinsichtlich des Nutzens sei diese Beurteilung der politischen Bewertung durch den Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Kamen vorbehalten.

Herr **Müller** bat um Erläuterung der Ausweisung einer Verkehrsfläche im nord-östlichen Planbereich.

Herr **Liedtke** nahm an, dass es sich vermutlich über die Bestandssicherung für einen Wirtschaftsweg handele.

Auf Nachfrage von Herrn **Nieme**, ob eine Anbindung über die Töddinghauser Straße geplant sei, wurde dies von Herrn **Liedtke** verneint.

Des Weiteren erkundigte sich Herr **Nieme** über den Nutzen der im Plan dargestellten Becken.

Hier erklärte Herr **Liedtke**, dass diese für die Regenrückhaltung vorgesehen seien.

Zur Nachfrage des Herrn **Nieme** hinsichtlich des Verbleibs des vorhandenen Eichenwäldchens nahm Herr **Liedtke** an, dass dieses überplant bzw. entfernt würde, da dieses im Bebauungsplanentwurf nicht ausgewiesen sei.

Herr **Diederichs-Späh** befürchtete eine höhere verkehrliche Belastung für die Bereiche Methler (Hilsingstraße, Mühlenstraße, Westicker Straße) sowie Südkamen (Richtung A 1). Er erkundigte sich, in wie weit die Zunahme von Lkw-Verkehren vermieden werden könne.

Herr **Baudrexl** informierte, dass die Unterlagen für die Beurteilung der Stadt Kamen erst seit wenigen Tagen vorliegen würden. Im Einzelnen seien durch die Verwaltung u. a. die zugrunde gelegten Gutachten noch zu prüfen und auszuwerten. Es solle ein Logistik-Gewerbe angesiedelt werden, womit man den Standortvorteil durch die Autobahnanbindung nutze. Die Frage nach einer Entwicklung der Verkehrsströme sei nach seiner Meinung berechtigt. Zurzeit sei die Belastung für Kamen nicht abschätzbar.

Herr **Kloß** wies auf den Verlust des Naherholungsgebietes für die Anwohner Töddinghauser Straße/Lüner Höhe hin. Seiner Meinung nach war der Erhalt des Naherholungsbereiches ein Ziel der Stadt Kamen. Dieses Ziel solle von Kamener Seite weiter verfolgt werden. Die Stellungnahme solle dies entsprechend aufarbeiten. Die Stadt Kamen solle alles tun, um das Gewerbegebiet an dieser Stelle zu vermeiden.

Herr **Lipinski** bewertete die Äußerung von Herrn Kloß als problematisch, da der GEP eine Gewerbeansiedlung zulasse. Dem GEP habe die Stadt Kamen damals zugestimmt.

Herr **Baudrexl** erwiderte, dass, unabhängig von der politische Bewertung, die Aufgabe der Verwaltung nunmehr darin bestünde, die erhaltenen Unterlagen auszuwerten. Im Rahmen der 20. Änderung des GEP sei die Fläche als Gewerbefläche ausgewiesen worden. Die angesprochenen Sorgen und Ängste der Anwohner seien bekannt. Die Interessen der Stadt Kamen sollen in die Stellungnahme aufgenommen und vertreten werden. Die Verwaltung werde die Stellungnahme fachlich fundiert vorbereiten und in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses diesem zur Beschlussfassung vorlegen.

Herr **Madeja** erkundigte sich, ob durch die Höhe des Lärmschutzwalls die Sichtbeziehungen zwischen Gewerbegebiet und Wohnbebauung unterbrochen würden.

Herr **Liedtke** erläuterte, dass hier die Auswertung abzuwarten sei; aufgrund der Topographie werde eine Terrassierung notwendig werden. Zurzeit seien die Verhältnisse schwer zu bewerten.

Herr **Eckardt** bedrückte die Vorstellung, dass die zukünftige Eingangssituation von Kamen durch ein so monumentales Gebäude geprägt werde.

Frau **Schneider** teilte mit, dass ihre Fraktion das Gewerbegebiet an dieser Stelle ablehne. Sie bezeichnete die Planung als gigantisch und hoffe auf eine ablehnende Stellungnahme der Stadt Kamen. Eine besondere Beeinträchtigung sehe sie auch für den gesamten Stadtteil Methler.

Herr **Diederichs-Späh** wies darauf hin, dass Informationen zu einem 2. BA bereits über die Presse bekannt wurden und bat um eine Beurteilung einer solchen Realisierung.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass das planungsrechtliche Verfahren anlaufe, die Stadt Bergkamen mit einem Investor verhandele und weitere Aussagen dazu derzeit nicht getroffen werden könnten.

Herr **Nieme** brachte sein Bedauern zum Ausdruck, dass ein Gewerbegebiet auf einem landschaftlich so schönen Grundstück errichtet werden solle. Er erkundigte sich, ob Kamen eine Ersatzfläche für die Gewerbeansiedlung anbieten könne.

Auch auf Kamener Gebiet seien Ansiedlungsbemühungen im Logistikbereich vorhanden, so erklärte Herr **Baudrexl**. Die WFG begleite und aquiriere Flächen für Logistikansiedlungen. Dort seien auch Standortalternativen bekannt.

Zu TOP 6.

Bebauung Rieder

hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 13.04.2006

Herr **Hasler** erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion. Zusammenfassend stellte er fest, dass die Planung und der Baukörper nicht auf die Zustimmung seiner Fraktion stoße. Des Weiteren zeigte er sich irritiert über die Aussage der Verwaltung, dass das Benehmen mit dem Westfälischen Amt für Denkmalpflege hergestellt worden sei.

Er wies weiter auf die bereits in der vorangegangenen Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses geäußerte Kritik hin, dass bei einem solchen Bauvorhaben mit besonderer Bedeutung, welches an stadtprägender Stelle vorgesehen sei, eine umfassendere Information mit entsprechender Vorlaufzeit und differenzierte Ausweisung als Tagesordnungspunkt erwartet werde. Die rechtliche Situation in Bezug auf die Entscheidungsgrundlage (Beurteilung nach § 34 BauGB) bewerte er als unglücklich und nicht ausreichend. Er sehe vielmehr die Erfordernis, weitere planungsrechtliche Instrumente einzusetzen, wie die Aufstellung eines Bebauungsplanes, eine Veränderungssperre oder aber eine Gestaltungsatzung für den gesamten Alten Markt. Dieses solle jedoch im Einzelnen noch geprüft werden. Ebenfalls die Notwendigkeit einer Abwägung zwischen wirtschaftlichen und gestalterischen Aspekten sehe er für erforderlich, so dass dieses Projekt weiter zu diskutieren sei. Darüber hinaus schließe sich seine Fraktion inhaltlich der laufenden Bürgerinitiative zum Neubau Rieder an.

Zunächst erläuterte Herr **Baudrexl**, dass die Verwaltung das Westfälische Amt für Denkmalpflege frühzeitig in die Planungen mit einbezogen habe, dies noch nicht als förmliches Verfahren mit Benehmensherstellung zu bewerten sei. Der Tagesordnungspunkt „Bauvorhaben im Stadtgebiet“ sei ein ordentlicher und vollwertiger Tagesordnungspunkt, zu dem ein Bauvorhaben wie Ersatzbau Rieder zuzuordnen sei. Der Verwaltung lagen die Unterlagen zudem erst 3 – 4 Wochen vor der vorangegangenen Sitzung vor, der aktuelle Planungsstand sei jeweils vorgestellt worden. Die Zwischenzeit sei für eine intensive Bauberatung genutzt worden. Die Bausubstanz lasse einen Erhalt des Gebäudes nicht zu. Der Investor habe frühzeitig das Gespräch mit der Verwaltung gesucht.

Ziel sei es, einen Baukörper zu entwickeln, der sowohl städtebaulich als auch wirtschaftliche Akzeptanz finde. Es stelle sich nicht die Frage der Verhinderung des Projektes, sondern es solle vielmehr eine konstruktive Problemlösung erreicht werden. Gerade im Bereich des Alten Marktes finde man keine einheitliche Bebauung vor. Der Abstimmungsprozess, in dem auch die Vorschläge des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege eingearbeitet wurde, sei noch nicht abgeschlossen. Der Dialog mit allen Beteiligten sei noch in vollem Gange. Auch die CDU-Kritik werde in die Gespräche mit dem Investor mit einfließen. Nachdem der Investor einen formellen Bauantrag einreichen wird, werde die Verwaltung auch die denkmalrechtliche Entscheidung als untere Denkmalbehörde mit Einbeziehung der Fachlichkeit des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege treffen. Die Architektur werde wiederum im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt. Der anschließende Abstimmungsprozess solle jedoch zum Ziel haben, etwas zu entwickeln, was allen Seiten gerecht werde. Die Möglichkeit, planungsrechtliche Instrumente einzusetzen, sei zu diskutieren, diese sollten jedoch nicht zu „Bauverhinderungsinstrumenten“ werden. Die Verwaltung sei an einer konstruktiven Zusammenarbeit interessiert.

Herr **Liedtke** verdeutlichte, dass sich zahlreiche Änderungen bei Gestaltungsdetails zwischenzeitlich ergeben hätten und stellte die derzeitigen aktuellen Pläne vor. Die Planung entwickle sich immer weiter und sei noch nicht abgeschlossen.

Frau **Schneider** begrüßte es, dass die Thematik erneut aufgegriffen wurde. Ihrer Ansicht nach sei der Erhalt des Gebäudes einem Investor nicht zuzumuten. Für sie sei die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs denkbar, in den die Instrumente der Stadtplanung mit einbezogen werden könnten.

Herr **Stoltefuß** wies auf die Bedeutung des Alten Marktes als Standort für Denkmäler sowie als Gesamtensemble hin. Seiner Meinung nach nehme der Neubau nach dem derzeitigen Planungsstand keine vorhandenen Elemente auf. Insbesondere das Staffelgeschoss und die Dachform bewertete er als störend. Daher halte er derzeit eine denkmalrechtliche Erlaubnis für nicht denkbar.

Herr **Hasler** kritisierte, dass die Verwaltung den Eindruck erweckt habe, dass der Abstimmungsprozess mit dem Westfälischen Amt für Denkmalpflege bereits abgeschlossen sei.

Herr **Nieme** bewertete positiv, dass die Verwaltung einen Investor gefunden habe, der gesprächsbereit sei. In dem jetzigen Entwurf seien für ihn Gestaltungsähnlichkeiten mit dem Alten Rathaus erkennbar.

Herr **Kloß** stimmte den Ausführungen von Herrn Stoltefuß und Herrn Hasler zu. Nach Auffassung der BG-Fraktion passe die Planung nicht an den Standort. Er zeigte sich dankbar für die Darstellung, dass der Dialog noch fortgesetzt werde.

Herr **Lipinski** verwies in diesem Zusammenhang nochmals auf das Protokoll der letzten Ausschusssitzung.

Auf Nachfrage von Herrn **Eckardt**, ob das Denkmalamt die Gebäudehöhe akzeptiert habe, erläuterte Herr **Liedtke**, dass eine Reduzierung des Staffelgeschosses in der Höhe vorgenommen worden sei, so dass jetzt die Proportionen angepasst seien.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach dem weiteren zeitlichen Ablauf.

Herr **Baudrexl** betonte, dass eine Baugenehmigung nicht vor nochmaliger Vorstellung der aktuellen Planungen sowie Diskussion des Vorhabens im Planungs- und Umweltausschuss erteilt werde. Die mehrheitliche Auffassung sei abzuwarten. Eine konkrete Aussage zur Zeitschiene könne er nicht treffen.

Herr **Stoltefuß** räumte ein, dass eine grundsätzliche Orientierung an der Dachform des Alten Rathauses machbar sei (Vollgeschoss mit Walmdach).

Herr **Lipinski** bewertete die Einbringung des Antrages an sich als problematisch, da sich dieser an sich erübrige, denn die Verwaltung arbeite ja bereits seit langem, wie eingehend erläutert, in dieser Form mit dem Investor zusammen und die Abstimmungsgespräche seien noch nicht abgeschlossen.

Herr **Hasler** bestand darauf, dass über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt werde.

Herr **Lipinski** ließ über den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor des „Bauvorhabens Rieder“ Gespräche zu führen, mit dem Ziel, die äußere Gestaltung des Objektes zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis: mit 9 Ja- und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 7.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

Es wurden keine Bauvorhaben vorgestellt.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8.1 Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Liedtke** informierte über die Umsetzung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in Rottum anhand von Fotomaterial.

8.2 Anfragen

8.2.1 Herr **Diederichs-Späh** wies darauf hin, dass am Rodelberg in Methler eine Gefährdung durch herumliegende Glasscherben insbesondere für kleine Kinder bestehe. Er erkundigte sich, ob man diese Problematik lösen könne.

Herr **Baudrexl** sagte eine Überprüfung des Sachverhaltes zu.

8.2.2 Herr **Schneider** stellte eine Häufung von Osterfeuern in der Nordstadt fest und erkundigte sich, ob Auflagen entsprechend bestanden hätten.

Herr **Baudrexl** erklärte, dass die Genehmigungen mit entsprechenden Auflagen versehen würden.

8.2.3 Herr **Eckardt** erkundigte sich nach dem Fortgang der Bauarbeiten am Bahnübergang Roggenkamp.

Herr **Adamini** erläuterte, dass die DB die Planung des Bauvorhabens umgestellt habe und nunmehr ein Brückenteil in Fertigbauweise erstellen werde. Die Errichtung sei für September/Oktober 2006 vorgesehen.

Der genaue Termin sei noch nicht bekannt. Für Februar/März 2007 sei die Verlängerung des Trogbauwerkes eingeplant und anschließend die Anpflanzungen. Durch die Änderung der Ausführungsplanung sei etwa eine Bauzeiteneinsparung von 6 Monaten zu erwarten.

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 20.50 Uhr.

gez. Friedhelm Lipinski
Vorsitzender

gez. Uwe Liedtke
Schriftführer

Anlagen

CDU-Antrag - Rahmenplanung Bahnhofsumfeld – Fragenkatalog
CDU-Antrag - Rahmenplanung Bahnhofsumfeld